

## Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Deutschen Cochlea Implantat Gesellschaft anlässlich der Bundestagswahl 2021



**1) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dem Thema Hörverlust und Hörversorgung in der Bevölkerung eine größere Aufmerksamkeit auch seitens der Politik eingeräumt und beispielsweise ein bundesweites „Kompetenznetzwerk Hören“ mit Vertretern aus Medizin, Politik und der Selbsthilfe gegründet wird?**

Ja, wir GRÜNE unterstützen Ihre Forderung nach größerer Aufmerksamkeit für dieses Thema. Wir sind außerdem der Meinung, dass auf die Prävention des Hörverlustes bzw. von Schwerhörigkeit ein größeres Augenmerk gelegt werden muss. Denn auch Lebensumstände und Umweltbedingungen können dazu beitragen, dass Schwerhörigkeit eintritt oder es zu einem Hörverlust kommt. Das gilt es zu vermeiden.

**2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ausgleichsabgabe für Betriebe erhöht wird, welche die Mindestanzahl an schwerbehinderten Mitarbeiter\*innen unterschreiten?**

Wir GRÜNE wollen es einerseits für Arbeitgeber\*innen einfacher machen, schwerbehinderte Menschen einzustellen und zu beschäftigen. Dazu muss das jetzige System von Lohnzuschüssen und anderen Unterstützungsleistungen transparenter und verlässlicher werden. Leistungen an Arbeitgeber\*innen und schwerbehinderte Beschäftigte müssen zudem schneller bewilligt werden. Andererseits wollen wir die Ausgleichsabgabe für die Arbeitgeber\*innen deutlich erhöhen, die trotz der verbesserten Unterstützung und Beratung deutlich weniger schwerbehinderte Menschen beschäftigen, als sie müssten.

**3) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei dem Thema Hörverlust die präventiven Maßnahmen ausgebaut werden und beispielsweise daraufhin wirken, dass Hörtests Teil der Vorsorgeuntersuchungen ab 50 Jahren werden?**

Prävention muss eine zentrale Rolle erhalten. Noch wichtiger als diese sekundärpräventiven Maßnahmen sind aus unserer Sicht aber Maßnahmen der Primärprävention sowie Gesundheitsförderung, durch die verhindert werden soll, dass es überhaupt zu Schädigungen des Gehörs oder gar Hörverlust kommt. Auch Verkehrslärm, schädliche Arbeitsbedingungen usw. können Ursache einer späteren Gehörschädigung sein.

**4) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Eltern, die ihre Kinder mit (Hör-)Behinderung fördern und somit viele zusätzliche Termine wahrnehmen müssen, keine finanziellen Nachteile insbesondere bei der Rente entstehen?**

Spezielle rentenrechtliche Regelungen für Eltern von Kindern mit (Hör-)Behinderungen haben wir bisher noch nicht diskutiert. Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass alle Menschen im Alter von ihrer Rente leben können. Dazu wollen wir GRÜNE das gesetzliche Rentenniveau stabilisieren, die Grundrente zur Grünen Garantierente weiterentwickeln, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung umbauen und eine sogenannte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für Geringverdiener\*innen einführen.

**5) Tracking-Zentralen des Neugeborenen-Hörscreenings sind ein wichtiges Werkzeug für die frühzeitige Versorgung hörgeschädigter Kinder. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in jedem Bundesland Hörtracking-Zentralen gibt und die Finanzierung bundeseinheitlich geregelt und sichergestellt wird?**

Wenn gesichert ist, dass solche Tracking-Zentralen zu einer besseren Behandlung von Hörleiden bei Kindern führen und sich hierdurch beispielsweise auch Probleme bei der Sprachentwicklung vermeiden lassen, werden wir einen solchen Vorschlag unterstützen.

**6) Werden Sie Ihre Wahlkampfveranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen (sowohl online als auch offline) grundsätzlich barrierefrei für hörgeschädigte Menschen gestalten? D.h. insbesondere Schriftdolmetscher\*innen einsetzen?**

Entsprechend eines Leitfadens zum barrierefreien Wahlkampf, den unser Bundesvorstand gemeinsam mit unserer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Behindertenpolitik beschlossen hat, haben wir GRÜNE uns zu folgenden Punkten verpflichtet:

1. Unser Wahlprogramm wird in Leichte Sprache übersetzt.
2. Veranstaltungen werden barrierefrei durchgeführt. Bei zentralen Veranstaltungen (z.B. Parteitag) werden Reden in Deutsche Gebärdensprache übersetzt. Das gilt für Präsenz- und für Online-Angebote.
3. Der Online-Wahlkampf wird barrierefrei durchgeführt insbesondere unter Berücksichtigung des Zwei-Sinne-Prinzips. Videos werden Untertitelt. Gebärdensprachvideos und Videos mit Audiodeskription werden in angemessener Zahl angeboten. Diese Maßgaben gelten auch für Werbespots für TV und Kino.

**7) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Anteil an Untertiteln sowohl im öffentlich-rechtlichen, als auch im privaten Fernsehen kontinuierlich gesteigert wird, sodass 100% UT am Ende der kommenden Legislaturperiode keine ferne Vision mehr sind?**

Wir GRÜNE wollen alle privaten Anbieter\*innen von Produkten und Dienstleistungen verpflichten, diese nach einer angemessenen Übergangszeit barrierefrei zu gestalten und anzubieten. Dazu zählen auch private Fernsehsender, die dadurch ihr Programm, beginnend mit neu produzierten Sendungen, Schritt für Schritt komplett Untertiteln müssen. Für die öffentlich-rechtlichen Sender sehen die Rundfunkstaatsverträge bereits entsprechende Verpflichtungen vor. Hier wollen wir GRÜNE uns bei Ländern und Sendern dafür einsetzen, dass die Verpflichtung möglichst schnell erfüllt wird. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind allerdings die Länder zuständig.

**8) Hörgerechtes Bauen umfasst mehr als lediglich ein paar Filzpaneele an der Wand. Von einer guten Raumakustik profitieren alle: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dem Aspekt „Hören und Verstehen“ beim Bauen in Zukunft gerade auf gesetzlicher Ebene eine größere Bedeutung beigemessen wird?**

Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass die Vorgaben zum barrierefreien Bauen auch tatsächlich Barrierefreiheit gewährleisten. Das kann aber nicht durch Bundesgesetze passieren, weil die Länder für das Baurecht zuständig sind. Darüber hinaus enthalten weder die Bauordnungen der Länder noch die von Bund und Ländern erarbeitete Musterbauordnung derart detaillierte Vorgaben, wie in der Frage erwähnt. Sie sind vielmehr Gegenstand von Normen, die nicht auf politischer Ebene gemacht werden.